

Unterrichtung

Hannover, den 02.03.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

IT-Administration an Grundschulen weiterhin auf Kosten des Unterrichts

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 11 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen schließt sich der Kritik des Landesrechnungshofs an, dass trotz erheblicher Zuweisungen von Bund und Land an die kommunalen Schulträger nach wie vor Lehrkräfte maßgeblich die IT-Administration in den Grundschulen erledigen, obwohl diese Aufgabe schulgesetzlich dem Schulträger zufällt.

Der Ausschuss begrüßt, dass das Kultusministerium die Curricularen Vorgaben mit zunehmend verbindlichen Medienkompetenzen weiterentwickeln und damit die Nutzung digitaler Medien im Unterricht stärken will.

Er empfiehlt darauf hinzuwirken, gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern die Unzulänglichkeiten der schulischen IT-Infrastruktur abzustellen und fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass Lehrkräfte nicht mehr für die technische Wartung und Pflege der schulischen IT eingesetzt werden.

Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, über das Veranlasste bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 01.03.2023

Bislang investiert das Land jährlich 16 Millionen Euro in die Systemadministration an Schulen, von denen vom Land 5 Millionen Euro als Personalkostenpauschale für den First-Level-Support durch Lehrkräfte berechnet werden. 2020 gab das Land pandemiebedingt an die Kommunen zusätzlich einmalig 11 Millionen Euro für die Administration der Schul-IT. Im Rahmen des Digitalpakts Schule wurde 2021 zwischen Bund und Ländern die Zusatzvereinbarung „Administration“ geschlossen, die den Kommunen bis zum Ende des Digitalpakts 2024 mit einer 100 %-Förderung weitere 52 Millionen Euro für Ausbildungs- und Personalkosten im Bereich der Schul-IT-Administration zur Verfügung stellt. Insofern sind die Investitionen des Landes hier derzeit deutlich erhöht worden. 2022 und 2023 führen das Kultusministerium und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände eine Evaluation der Kosten für die Systemadministration an Schulen durch, die im Frühjahr 2023 abgeschlossen sein wird. Rund zwei Drittel der Schulen und ihrer Träger haben sich beteiligt. Ziel der Evaluation sind Verhandlungen über eine nachhaltige Lösung zur Kostenteilung für die Schul-IT-Administration zwischen Land und Kommunen.

(Verteilt am 03.03.2023)